

Volkswacht

Organ für die merktätige Bevölkerung der Provinz Westfalen
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Nr. 152 Sonnabend, den 5. Juli 1919

Die Polen auf dem Sumpfweg. Alldenteutsche Volksräte als Werkzeug Korfantys.

Es wäre zu erfragen, wenn die Annäherungs-Verhandlungen des Herrn Kleinow an Polen vereinigte Erscheinungen blieben, dem ist aber leider nicht so. Nachdem die polnischen und deutschen Volksräte in Thorn und Bromberg zusammengetreten waren, um für Ruhe und Ordnung in der Bevölkerung zu sorgen, sind Vertreter beider Nationalitäten aus den Kreisen Bromberg und Thorn nach Polen und Warschau gefahren, um mit dem obersten polnischen Volksrat in Verbindung zu treten. Das Ergebnis der Verhandlungen ist in einem Aufruf des Kommissariats des obersten polnischen Volksrats als Mandatar der polnischen Regierung niedergelegt worden, in dem zunächst besprochen wird:

„Durch diesen Friedensschluss fallen ehemalige polnische Landesteile wieder an die endgültig polnische Republik zu.“
Das ist eine Geschichtslüge. Was jetzt von Westpreußen an Polen kommen soll, war ursprünglich deutsches Gebiet und ist von Polen annektiert worden, dem es dann wieder abgenommen wurde. Also ehemalige polnische Landesteile sind es nicht, die jetzt an Polen kommen sollen. Es ist

deutscher Boden.

den der Völk mit Hilfe der Entente zum zweitenmal annektiert. Wenn dann weiter gesagt wird, die Verfallener Friedensbedingungen seien unüberwindlich, so ist diese Bemerkung allein dazu bestimmt, den politischen Willen der deutschen Bevölkerung zu lähmen. Dem gleichen Ziel dient auch die Zurücksetzung der lokalen Erfüllung der Friedensbedingungen durch die polnische Bevölkerung. Besonders ist vor allem dieser Satz des Aufrufes:

„Die friedlich gestimmten Mitbürger deutscher Nationalität, welche sich mit den neuen Verhältnissen abfinden und lokale Bürger der Republik Polen werden wollen, haben für ihre Zukunft nichts zu fürchten.“

Man beachte die fettgedruckten Worte. Nur die Bürger, welche sich mit den neuen Verhältnissen abfinden, die sich, deutsch ausgedrückt, dem Vorkriegsstand an den Hals werfen und so ihr Deutschland im Stich lassen, haben nichts zu fürchten. Man beachte, auch dieser Satz ist allein darauf berechnet,

Dumme zu fangen

und Charakterstärke zum Unfall zu bewegen, indem man ihnen goldene Berge verspricht, falls sie ihr Deutschtum verleugnen. Was wollen nach diesen Bemerkungen die polnischen Betrüger sagen, die so aufsehen:

„Im Einklang mit ihren freiheitlichen Traditionen wird die Republik Polen volle Gleichberechtigung, völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit, Zutritt zu den Staatsämtern, Freiheit und Pflege der Muttersprache und nationalen Eigenart, sowie vollen Schutz des Eigentums gewähren.“

Die Polen sollten sich hüten, derartige Versprechungen zu machen. Zunächst ist Polen heute noch ein total verarmtes Staatengebilde ohne jede Ordnung. Eine Gewähr für die Durchführung irgendwelcher Absichten, die Volksräte und Regierung dieser neuen Republik haben sollten, ist so durchaus nicht gegeben. Also selbst wenn Polen das Versprochene durchzuführen wollte, so wäre es dazu, weil ihm jede finanzielle Mittel fehlt, gar nicht in der Lage. Weiter ist ihm die

russische Schuldenlast

von der Entente aufgedrückt, so zwischen 3 und 40 Milliarden! Da wird, ausgerechnet in Polen, für Kulturarbeit im Interesse der deutschsprechenden Staatsangehörigen selbst beim besten Willen nicht viel übrig bleiben.

Schließlich werden dann die Beamten aufgefodert, auf ihren Posten auszuharren.

Falls sie sich den neuen finanziellen Verhältnissen fügen wollen, können sie vorhergehend, das sie nach Möglichkeit in den polnischen Staatsdienst übernommen werden.

Das man zunächst die Beamten gerne nimmt, glauben wir. Man braucht doch irgend jemand, bis genügend Polen herangebildet sind, um in diese Stellen einzurücken. Als Vorkriegsbeamte zu dienen, dazu sind die deutschen Beamten gerade gut. Das die Polen, so schnell dies möglich, überall das Polnische zur Amtssprache machen werden, ist sicher. Und das wird geschehen, ehe die übernommenen deutschen Beamten politisch zu lernen vermögen. Können sie da noch auf ihren Posten bleiben? Ausgeschlossen!

Gingeseit!

Je aufmerksamer man diesen ersten Teil des Aufrufs der polnischen Volksräte durchsieht, der von den deutschen Volksräten von Thorn und Bromberg zurzeit öffentlich verbreitet wird, je klarer wird es, daß hier deutsche Tölpel von rassistischen polnischen Politikern, ohne es zu wissen, eingesetzt worden sind. Wie mag Herr Korfantj irrtümpelt haben, als er im Einvernehmen mit

deutschen Volksräten verkündete, daß Westpreußen mit Jura und Recht an Polen gehöre! Und daß die Entente nicht minder jubelt. „Es gewiß. Was die Polen durch diese Publikation erfahren, ist klar. Sie wollen die Bevölkerung einleiten, damit in den Abstimmungsgebieten die deutsche Agitation nicht in Schwung kommt. Weiter sind sie bemüht, dadurch für die erste Zeit nach der Annexion der deutschen Gebiete jene lammesgeduldige Stimmung bei der deutschsprechenden Bevölkerung zu schaffen, die sie brauchen, um nach einiger Zeit um so ungezügelter polonisieren zu können.“

Was ist unsere Pflicht?

Wir haben dafür zu sorgen, daß polnisches Pflegema nicht aufkommt. Je besser die Arbeiterschaft weiß, daß sie von Polen nichts gutes zu erwarten hat, daß Arbeiterlohn, Achtundentag, Versicherungsgefeßgebung und andere Dinge in Polen ganz unmöglich sind, je günstiger werden die Wähler in den Abstimmungsbezirken ausfallen.

Einigemmaßen erkannt waren wir, als wir unter dem polnischen Aufruf eine empfehlende Unterschrift der Thorer Genossen Urbanski und Neumann fanden. Wie konnten Sozialdemokraten ihren Namen unter ein Dokument setzen, das für den Osten, entgegen unserer allen Forderungen des Selbstbestimmungsrechts der Völker, den brutalsten Gewalttaten zu rechtfertigen sucht, der jemals geschlossen wurde?

Im Interesse der Arbeiterklasse haben wir den Frieden von Versailles mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen, weil er in seinem Kern gegen den Sozialismus gerichtet ist. Wir müssen mit allen Mitteln der Aufrüstung verhindern, daß sich die zur Volksabstimmung angebotenen Gebiete für Polen entscheiden. Schon deshalb können wir jetzt weder politische Bequemlichkeit noch Menschlichkeit dulden. Es darf sich ein deutscher Arbeiter weder freiwillig unter das polnische Joch beugen, noch, wenn er annektiert wird, widerspruchslos fügen, weil er in Polen nicht nur die Erzeugnisse der Revolution verliert, sondern wirtschaftlich und politisch um Jahrzehnte zurückgeworfen wird!

Versprechungen.

In dem Aufruf des polnischen Volksrats wird dann den deutschen Staatsangehörigen versichert, daß sie das und Gut nach Deutschland mitnehmen und ihre Vermögensverhältnisse kläudieren dürfen. Anfechter sollen in ihrem Heim bleiben. Sofern sie es in Folge der Kampfhandlungen verlassen haben, dürfen sie es wieder aufsuchen. Weiter wird versprochen die Aufrechterhaltung der Bürgerrechte, der Ansprüche aus der Arbeiterversicherung, der Kriegsbeschädigten, Kriegervitwen und Waisenfürsorge und der Rechte über Pachtverträge. Zugelagt wird ferner die Befreiung der Weisen und Zivilpersonen, die gegen den Staat Polen gearbeitet haben, sowie der aus militärischen Gründen Festgesetzten, falls die deutsche Regierung dasselbe tut.

Eine Erklärung.

Der Parlamentarische Aktionsausschuss Nord gibt zu dem Aufruf diese Erklärung ab:

„Der oberste polnische Volksrat veröffentlicht als Mandatar der Regierung der Republik Polen einen Aufruf an die Mitbürger deutscher Nationalität. Dieser Aufruf ist von den deutschen und polnischen Volksräten in Bromberg und Thorn auf Grund privater Verhandlungen veranlaßt und von diesen mit zunehmenden Einleitungs- und Schlussworten versehen der Öffentlichkeit übergeben worden. Wenn sich die Polen in diesem Aufruf bereit erklären, die Friedensbedingungen in lokaler Weise zu erfüllen und die auf Grund des Friedensvertrages der deutschen Bevölkerung zustehenden Rechte zu revidieren, so erfüllt uns das mit Genugtuung und einer gewissen Verlegenheit, wenn die Erklärung auch nicht über den Inhalt des Friedensabkommens hinausgeht, auf dessen richtige Handhabung wir einen Anspruch haben. Auch wir haben den dringenden Wunsch, daß sich die Durchführung der Friedensbedingungen in voller Ordnung und Ruhe ohne irgendwelche Verachtlichung beider Teile vollzieht. Die sonstigen im Aufruf gemachten Versprechungen sind bis jetzt nur Neugierungen des gegenseitigen Verhandlungswillens, die indessen erst durch Abmachungen zwischen den beiderseitigen zuständigen Staatsbehörden die rechtliche Bindung bekommen müssen. Wie wir hören, sind entsprechende Verhandlungen bereits im Gange.“

Zur Volksabstimmung.

Nach Informationen des Pariser Korrespondenten Kuferski sind für die Volksabstimmung in Schlesien folgende Maßnahmen getroffen worden:
1. Oberhalb des Wassers wird im Zeitraum der Volksabstimmung durch alliierte (wahrscheinlich auch polnische) Truppen besetzt werden. Die

Verwaltung übernimmt eine Kommission der Entente

1) Die Kommission wird das Recht haben, Schlesien zu „reinigen“, d. h. Personen, die nicht zur britischen Bevölkerung gehören oder illegale Propaganda treiben, zwangsweise aus dem Lande zu entfernen; auch ist sie berechtigt, Emigranten das Stimmrecht zu entziehen.

2) Die Volksabstimmung findet erst dann statt, wenn die Verwaltungskommission überzeugt sein wird, daß die Provinz frei von preussischer Agitation ist.

Es ist bezeichnend, daß das Bromberger

Polenblatt dazu bemerkt:
„Diese Maßnahmen sichern uns zwar nicht den Besitz eines Landes, wo der Germanisierungssproß in all den langen Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat, jedenfalls aber würde damit die Abstimmung in statisch ungewissen Kreisen sichergestellt sein. Ob aber diese Maßnahmen wirklich auch durchgeführt werden? Eine Frage von größter Wichtigkeit und Aktualität!“

Obwohl diese Nachricht unverbürgt ist, müßten die Polen, wenn sie auch nur eine Spur von Berechtigungsgefühl in sich hätten, gegen derartige Nachrichten entschiedene Stellung nehmen und sich schämen, sie auch nur schweigend zu registrieren, wie dies ihr Bromberger Blatt tut.

Hochverräter Kleinow.

Wir veröffentlichten kürzlich einen Aufruf des Volkswachstums, der von nutzlosem Widerstand gegen die Auslieferung an Polen warnte. Die geplante D. R. Republik solle von Reaktionären gegründet werden und würde keine freiheitlichen Bestimmungen dulden. Den unverantwortlichen Treibern müße der einheitliche Wille der arbeitenden Bevölkerung entgegengestellt werden.

Zu diesem Aufruf sagt die „Tägliche Rundschau“, daß er ein Dokument östlicher Schande für die parteimäßige sozialdemokratisch verordnete deutsche Arbeiterschaft sei. Lediglich die Parteifrage, die Sorge um die Republik und die sozialdemokratische Herrschaft sei für diese Kreise ausschlaggebend.

Vor uns liegt Nr. 148 der „Düdenschen Rundschau“. Bromberg, vom Donnerstag, dem 23. Juni. Die ganze erste Seite füllt ein Bericht über eine Versammlung in Bromberg, in der Geheimrat Kleinow, der bekannte Führer der Deutschen Vereinigung für die Ostmark, gesprochen hat. Lang und breit hat in dieser Ansprache Kleinow über den Verrat der Sozialdemokratie an Heere und den ebenso erfindenen Verrat der sozialdemokratischen Minister, der Winnig, Koste, Schnadenburg, Bartsch und Erzberger, geredet und abschließend erklärt: „Wir haben mit den Männern in Berlin, die uns in diese Stunde geführt haben, keine Gemeinschaft.“ Im Gegensatz zu diesem Staate

hat Kleinow dann die „kräftige Armee“ gefeiert und ist schließlich zu seinem Hauptpunkt gekommen: „Wir können hier im Osten nur zusammen mit den Polen ein Staatswesen bilden. Das ist der Weisheit letzter Schluss nach der Arbeit, die wir geleistet haben.“ In diesem Sinne sei mit den „polnischen Kandidaten“ über die Bildung einer „Gemeinschaft im Osten“ beraten worden.
Gewisse bürgerliche Kreise wollen also nach West- und Ostpreußen und auch Polen an die Polen ausliefern. Hoch aus Hoch gegen die deutschen Arbeiter, lediglich um mit den polnischen Kapitalisten zusammen das Proletariat niederzuhalten. Dieses Gesindel allein vertritt das Vaterland für seine brutalen ergriffen Klasseninteressen.

Uebrigens rühmte sich dieser Herr Kleinow, daß die Regierung ihn habe als Hochverräter verhaften lassen wollen, daß sie es aber nicht fertig gebracht habe. Wir halten es für dringend notwendig, daß dieses Verbumnis sofort gütgemacht wird.

Politisches.

Danktelegramme an Hindenburg haben Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Koste abgeschrieben. Ebert bescheidet u. a.:

„Wir, die wir im Schutze der Pflicht auf unseren Posten bleiben müssen, werden immer ein großes Vorbild in der Art sehen, wie Sie die Pflicht gegenüber dem Vaterlande höher achtet haben, als persönliche Gefühle und Ansehensgaben.“

Koste hat am Schluß seines Telegramms: „Besonders mich Deutschland Ihnen dankbar sein für die Liebe um Sorgen, mit der Sie in der letzten schweren Zeit die militärischen Geschäfte unseres Vaterlandes geleitet haben. Sie haben dabei den Grundstein gelegt, auf dem unser Volk in hoffentlich nicht allzu fernem Zukunft sein neues Haus bauen wird, in dem dann unsere Kinder und Enkel mit Stolz und Freude als Deutsche leben können.“
Wenn Koste dem großen Marschall einen langen Lebensabend wünscht, so spricht er unter Zustimmung des gesamten deutschen Volkes.

Eine Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren steht nach dem „Tagebl.“ bevor, die der Nationalversammlung zugehen wird, jede Portoerhöhung für alle Postsendungen und für Telephonengebühren eine Erhöhung um 100 Prozent vor.

Die Wahlen der Waffenstillstandskommission. Marschall Bogh ließ der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa am 2. Juli mitteilen, der internationalen Kommission werde als zukünftiger Standort Paris zugewiesen. Als Sitz für die deutsche Waffenstillstandskommission schlug er Düren vor.

Vermittlung im Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 3. Juli. (B. T. B.) Wie der „Abend“ zum Straßenbahnstreik meldet, findet morgen nachmittags um 2 Uhr eine Aussprache des Groß-Berliner Volksrates eine Verhandlung statt, an der Vertreter sämtlicher Behörden, der Berliner Oberbürgermeister, die Leitungen der Verkehrsunternehmen und Vertreter der streikenden Angestellten eingeladen werden sollen. Die Vermittlung des Volkswachstums ist unparteiisch und weder von Arbeitgeber noch von Arbeitnehmern angeregt.
Straßenbahn, Hoch- und U-Bahnverkehr sowie der Omnibusverkehr liegen noch im Stillstand. Die Bureauverwaltungen der Großen Berliner Straßenbahn haben in einer Versammlung, die sich mit der Nachmittagsbesitzung des Verkehrsstreiks befaßte, eine Entschlossenheit angenommen, in der die Wiederaufnahme der Arbeit in den Bureau am Freitag beschloßen wurde. Der Vorverkehr konnte am Donnerstag wieder aufgenommen werden. Der Fernverkehr wiederholte sich wieder normal ab. Die Ringbahn fährt vorläufig noch nicht im Gange. Wenn nicht alles trügt, ist Berlin recht bald über seine neue, hoffentlich letzte Krise hinweg.

Wie man sich hilft.

Auf Anordnung der Militärbehörde sind außer den Kraftwagen auch sämtliche verfügbaren Militärfahrzeuge zur Beförderung von Zivilpersonen in Betrieb gesetzt worden. Ein einziges Regiment hat bereits gestern 80 Wagen ausgeleitet, so daß heute mehrere hundert Wagen der Personenbeförderung zur Verfügung stehen können. Bereits Donnerstag konnte man in den Hauptverkehrsstraßen derartige Militärfahrzeuge sehen, die für einen annehmbareren Preis Fahrgäste beförderten. Auch die größeren Fabriken und der Berliner Magistrat haben Donnerstag zur Erleichterung des Verkehrs die Ange-

halten und Arbeiter auf größeren Kraftwagen an den Arbeitsstellen befördert.

In Frankfurt a. M.

In der Betriebs eingestell, mit Ausnahme der Züge, die in das besetzte Gebiet fahren. Es soll versucht werden, den Betrieb notwendig durch gezielte Besätze aufrechtzuerhalten. Die Frankfurter Beamtenschaft hat sich mit Rücksicht auf die Notlage des Volkes aus Grund früherer Erfahrungen entschieden, nicht dem vom deutschen Eisenbahnverband, Ortsgruppe Frankfurt a. M., beschloßenen Streik beizutreten. Die Lokomotiv- und Waggonschaffungsstellen sind demnach von dem ganzen Streckendienst über 50.000 Beamten und Eisenbahnarbeitern tätig sind, von denen nur 8.700 sich für den Streik erklärt haben. Von dieser Zahl kommen aber weitere 6.300 Mann in Abzug, die in den Werkstätten von Arbeit sind, die befreit sind.

Nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Ztg.“ haben die Eisenbahnarbeiter im unbesetzten Teile des Direktionsbezirks Mainz die Arbeit niedergelassen. Ihre Forderungen sind im wesentlichen die gleichen wie in Berlin.

Zumulte in Dortmund.

Dortmund, 3. Juli. (B. T. B.) Heute nachmittags wurden auf dem Wochenmarkt sämtliche Verkaufsstände gestürmt und die Ware teilweise zu erschwerenden Preisen verkauft, teilweise zerstört. Sicherheitswehr und Polizeimannschaften griffen ein, wobei Schüsse fielen. Es gab mehrere Schwerverwundete, bis jetzt sind 80 Verletzte, außerdem auch Tote. Die erregte Menge wandte sich gegen die Sicherheitswehr und mißhandelte verhaftete Angehörige derselben. Die Unruhen dauern fort. Der Bahnhof, sowie alle öffentlichen Gebäude, wurden von den Regierungstruppen besetzt. Die Ar-

Soziales

Die Tuberkulose als Volkskrankheit. Nach einer Zusammenfassung der Statistik...

Aus aller Welt.

Ein gastfreundliches norwegisches Städtchen. Der Bürgermeister der norwegischen Stadt...

Messung der Meerestiefe. In der Pariser Akademie der Wissenschaften...

Aus den Ostprovinzen. Arbeiter-Begehren! Denkt in der Stunde der Entscheidung...

Soziales

Verhandlungen fast Streit. Die launische Gerechtigkeit und Nachsicht...

Soziales

Parteinachrichten. Ein Uebertritt zur Partei. Unser Duisburger Bruderblatt berichtet...

gehabt und wird bei der Opposition im Parlament...

Geheiß Berlin (Bureauangehöriger) begründet den Antrag...

Nirgends haben so viel schwarzweilberote Banquet gewacht...

Bei Beginn der Nachmittagsitzung verliest der Vorsitzende Reichelt...

Chlens-Frankfurt a. M. (Metallarbeiter): Seit der unheilvollen Tätigkeit...

Brunner-Berlin (Deutscher Eisenbahnerverband): Bevor die Verhandlungen...

Simon-Münster (Schuhmacherverband): Daß die Generalkommission...

Loth-Berlin (Buchbinderverband): Es ist zwecklos, jetzt von der Vergangenheit...

Thomas-Frankfurt a. M. (Dochtbinder): Die Opposition vertritt die Stimmung...

die Totengräber des Sozialismus. (Beifall.)

gründete die Generalkommission die Revolution und...

Wagner-Berlin (Sandlungsgehilfenverband) hält seinen gekürzten Vortrag...

Prager Fortschritt: Für die Opposition kann es nur wertvoll sein...

Stegels-Berlin (Polgarbeiter) kritisiert die Kriegsvollmacht...

Das waren Privatbriefe. (Schallendes Gelächter.) Redakteur Umbreit...

Der 10. Kongreß stellt nach Entgegennahme des Berichts...

Nachberathungsminister Robert Schmidt: Die Redner der Opposition...

Die Arbeiterklasse hat genug Machtmittel an der Hand. (Zuruf: Wo denn?)...

Stürmischer Beifall. Oder glauben Sie, den Streik als politisches Kampfmittel...

Krämmer-Mannheim (Metallarbeiter) begründet den Antrag auf Beilegung...

Die Arbeiterklasse hat genug Machtmittel an der Hand. (Zuruf: Wo denn?)...

Stürmischer Beifall. Oder glauben Sie, den Streik als politisches Kampfmittel...

Krämmer-Mannheim (Metallarbeiter) begründet den Antrag auf Beilegung...

Loth-Berlin empfiehlt einen Antrag des Metallarbeiterverbandes...

2. Verhandlungstag. Nürnberg, 1. Juli. Als heute früh die Besprechung...

Breg-Samover (Fabrikarbeiterverband) begründete die Entschiedenheit...

Die Arbeiterklasse hat genug Machtmittel an der Hand. (Zuruf: Wo denn?)...

Stürmischer Beifall. Oder glauben Sie, den Streik als politisches Kampfmittel...

Krämmer-Mannheim (Metallarbeiter) begründet den Antrag auf Beilegung...

Loth-Berlin empfiehlt einen Antrag des Metallarbeiterverbandes...

